

„An der Bedeutung des Finanzamts München kommt man nicht vorbei“

so Werner Stupka, ver.di-Fachbereichsvorsitzender beim Gespräch mit LRD Hans-Herbert Szymanski.

Das Finanzamt München das wirtschaftlich größte Finanzamt Europas? Von der Bedeutung schwärmt ja nicht nur der Finanzminister Herr Dr. Söder. Statistisch belegbar ist jedenfalls die Wirtschaftskraft aufgrund der Steuereinnahmen für den Freistaat Bayern (bis Nov. 39 Mrd.€) und - über den Länderfinanzausgleich - für ganz Deutschland.

Grund genug für die Gewerkschaft ver.di Bayern, den neuen Leiter des Finanzamts München (FAM) kennenzulernen. In guter Atmosphäre haben am 19. November 2014 die Vorstandsmitglieder der ver.di-Landesfachgruppe Finanzverwaltung, die Kollegen Werner Stupka, Personalrat und Steuerfahnder Finanzamt Nürnberg-Süd, Dieter Fulda, Personalrat und Veranlagungssachbearbeiter Finanzamt Ansbach, Norbert Reitberger, Personalratsvorsitzender FAM Abteilung Erhebung und die Kollegin Angelica Dullinger, Personalratsvorsitzende FAM Abteilung Körperschaften viele Themen mit Herrn Hans-Herbert Szymanski besprochen.



Ver.di fragte, ob beim Einstellungsverfahren eine extra Liste für München hilfreich sei. Beim Landespersonalausschuss (LPA)-Verfahren stellt sich die Frage, ob es zu lange dauert. Das FAM wirbt nach wie vor an einzelnen Schulen. Dagegen hat Amtsleiter Szymanski bei Beschäftigten der Qualifizierungsebene 3 (QE 3) einen Perspektivenwechsel festgestellt: „Sie wollen in München sein“!

Jedoch kann das FAM angesichts der in München gezahlten Spitzengehälter und der immens hohen Lebenshaltungskosten bezüglich der Attraktivität in der Bezahlung oft nicht mithalten. Aber das Bedürfnis nach Sicherheit und nach „Work-live-Balancy“ ist im Stellenwert gestiegen. Herr Szymanski verdeutlichte, dass angesichts der gigantischen Arbeitsbelastung

Inhalt

Gespräch mit LRD Hans-Herbert Szymanski	S. 1
Zur Verteidigung bei der Vereidigung	S. 3
Wie Phönix aus der Asche	S. 4
Blick zurück nach vorn	S. 4
Orientierungsschnitt vor dem Aus?	S. 5
Organisationsänderung in der Veranlagung	S. 6
Diplomierungsfeier Prüfungsjahrgang 2014	S. 7
ver.di im Landtag bei Peter Winter	S. 8
Bayern ehren Martin Schulz	S. 8
Tarifrunde Länder 2015	S. 8
Dauerbrenner Wohnraumversorgung	S. 9
ver.di Bezirkskonf. zum Thema Wohnen	S.11
Terminankündigung, Filmtipp	S. 12

Zeitschiene	Neubau FAM
2007	Herr Szymanski und Herr Fahrenschon, Finanzminister a.D., gehören der Jury an
2008	Planungsstopp
2012	Herr Söder, neu eingesetzter Finanzminister, erklärt: „wir bauen“!
2014	inzwischen laufen Vorarbeiten z.B. die Baustelleneinfahrt 65 Mio. Euro sind für den Bauabschnitt I genehmigt
2015	Ausschreibung der Baumaßnahmen durch Architekten Nürnberger u.a. - gute Gespräche
2018	geplante Fertigstellung des I. Bauabschnittes

keine andere Möglichkeit bestünde, als neu eingesetzte Kräfte beim FAM in den Ersteinsatz zu bringen. Erfreulich sei die Aufgeschlossenheit der Neuen gegenüber neuer Arbeitsweisen. Die Zu- und Abgänge beim FAM führen zahlenmäßig alle drei Jahre zum kompletten Austausch in der Veranlagung. Für die Neuen der QE 2 und QE 3 werden intensive Schulungen durchgeführt, aber die veranlagungsbegleitende Tätigkeit sei sehr belastend beim FAM. Die erste Zeit erfolge der Einsatz ohne Statistikdruck.



Einen hohen Stellenwert habe außerdem das Gesundheitsmanagement. Erstmals wurde im Juli 2014 eine Gesundheitswoche durchgeführt. Die Kosten hielten sich im Rahmen, dank der Mitarbeit einiger Kolleg/innen. Darüberhinaus möchte der Amtsleiter mit der Schaffung der betrieblichen Kinderkrippe ein Zeichen setzen. Herrn Szymanski ist es wichtig, hier Flagge zu zeigen: Es gibt schon 20 Anfragen bei 24 Plätzen, die nur an Steuerbeamte vergeben werden. Bei der Auslagerung nach Höchstädt können die Erfahrungen aus der Dezentralisie-

rung der Finanzkasse mit sechs Bearbeitungsstellen in ganz Südbayern angewandt werden. Im Rahmen der Geschäftsaushilfe haben Aufbauhelfer/innen aus München und aus der Fläche mitgewirkt, nachdem sie vorher entsprechende Schulungen erhalten haben. Die Finanzkasse hat nach Ansicht von Herrn Szymanski personell von der Auslagerung profitiert. Es konnten mehr Kräfte zurückgewonnen werden, die sich in Erziehungszeit befanden.

Das FAM ist bei Geschäftsprüfungen top, in der Unterstützung des Landesamtes für Steuern top und es wird auch die Auslagerung nach Höchstädt gut bewältigen. Vorgesehen ist ein speziell abgestimmtes Konzept. Kräfte, die nach Höchstädt gehen, sollen in München geschult - und es sollen außerdem Aufbauhelfer/innen eingesetzt werden. Gesonderte Versetzungsregeln gibt es derzeit nicht.

Mit der Fertigstellung der ausgelagerten Dienststellen in Grafenau und Donauwörth ist 2018/2019 zu rechnen. Weitere Verlagerung aus dem FAM sind nicht vorgesehen, dies habe sogar der Finanzminister zugesagt!

Die Umstrukturierung der Abteilungen (Umzüge, technische Umstellung) erfolgt ab 2016 schrittweise. Sowohl Rechtsbeihilfestellen (Rb-Stellen), als auch die Betriebsnahe Veranlagung bleiben bei der jeweiligen Abteilung.

Der Amtsleiter vermerkte positiv, dass er in die Planungen für den Neubau eingebunden ist. Der I. Bauabschnitt auf dem Areal Deroystraße soll jetzt beginnen (sh. Tabelle). Der II. Bauabschnitt kommt, soweit die Haushaltslage es erlaubt und der Finanzminister grünes Licht gibt.

Natürlich ist absehbar, dass die Fertigstellung aller Bauabschnitte ziemlich in die Jahre geht. Es drängte sich die Frage auf, ob es zeitlich und finanziell nicht effektiver wäre, vorübergehend Gebäude für die Unterbringung der Beschäftigten anzumieten und alle Bauabschnitte auf dem Areal De-roystraße in einem „Aufwasch“ auszuführen. Herr Szymanski erläuterte, dass dies angesichts der Gesamtkosten von 300 Mio. Euro haushalterisch nicht durchsetzbar sei. Eine weitere Zwickmühle: ein Umzug weg vom Hauptbahnhof ist für Pendlerinnen und Pendler kaum zumutbar, das sind immerhin ein Drittel der Münchner Kolleg/innen beim FAM.

Das Thema bezahlbarer Wohnraum im Ballungsraum geriet mangels Masse (an Wohneigentum) etwas kurz. Wer ans FAM versetzt wird, soll innerhalb der ersten 6 Wochen unterkommen.

Für die Interessensvertretung bedeutet die Umstrukturierung, dass zwar im Jahr 2016 die regulären Personalratswahlen stattfinden, allerdings nach der Zusammenführung der Abteilungen Neuwahlen des örtlichen -, wohl auch des Gesamtpersonalrats (2019) durchgeführt werden müssen.

Die Erstellung der Verbindungsdatenbank zum Austausch von Daten zwischen den Verwaltungen wurde eine finanzielle und damit personelle Unterstützung zugesichert. Herr Szymanski hat zugesichert, dass er versuchen wird im Bedarfsfall weitere Mittel zu bekommen.

Die seit 1974 mit DUNAN befassten Datenerfassungskräfte (DE-Kräfte) sollen nicht für diese Zwecke eingesetzt werden. Die Stelle in Wunsiedel ist erfolgreich, was auch an der Verbeamtung einer Vielzahl der DE-Kräfte erkennbar wird. Eine Verbeamtung jenseits 45. Lebensjahr ist nicht möglich. Dadurch erfahren die DUNAN-Kräfte eine dienstrechtliche und auch gehaltmäßige Teilung.

Das Servicecenter muss auch in München seine Arbeitsweise ändern. Mit DUNAN wird neu eine zentrale Eingangsstelle geschaffen. Die Eingruppierung hatte die Gewerkschaft ver.di zu verbessern versucht,

konnte dies aber leider nicht durchsetzen. Der Amtsleiter resümierte, dass die Münchner Firmen erfolgreich sind, Arbeitnehmer/innen strömen unaufhörlich in die Landeshauptstadt und die Löhne werden steigen. Ergo trippeln wir beim Steueraufkommen in kleinen Schritten auf 50% (des bayerisches Steueraufkommens ca. 100 Mrd.€/2014) zu. Bei 2000 Auszubildenden in der QE 2 und QE 3 seien die Aussichten, dass sich die Lage entspannt sehr gut. Nur bei der QE 4 besteht erhöhter Bedarf. Spannend ist, wer davon nach München kommt?!

ver.di meint:

Die vielfach von ver.di geforderte Erhöhung der Ballungsraumzulage wird beim Vorsitzenden des Haushaltsausschuss, Herrn Peter Winter, MdL (CSU) kritisch gesehen und sie sei auch von Herrn Staatssekretär Firacker politisch nicht durchsetzbar. Geldfragen sind Machtfragen...

Zur Verteidigung bei der Vereidigung der Anwärtinnen und Anwärter

Der Finanzminister Dr. Söder hat in der festlichen Veranstaltung u.a. betont, dass bayerische Beamte vergleichsweise 15% mehr erhalten, als Berliner Kolleg/innen. Dafür sind die Mieten in München doppelt bis dreifach so hoch. Herr Dr. Söder wies außerdem darauf hin, dass bayerische Beamte in einer bestimmten Gehaltsgruppe 1.100 Euro mehr als Beamte in Nordrhein-Westfalen erhalten. Auch der Vergleich hinkt beim Blick auf andere staatliche Leistungen. In Bochum gab es z.B. schon in den 90er Jahren Kinderkrippen im Verbund von Stadt, staatl. Betrieben und der Wirtschaft. In Bayern fängt der Auf- und Ausbau von Kinderkrippen erst im 21. Jahrhundert an.

Wie die Zeit vergeht...

Wie ein Phönix aus der Asche

Gaby Hintermeier zum »Behördenkindergarten« vom Finanzamt München I

Als Mitte der 70er Jahre erstmals ein Antrag auf Errichtung eines behördeneigenen Kindergartens gestellt wurde, mußte (konnte) dieses Begehren noch wegen mangelnder Nachfrage abgelehnt werden.

Als 1990 eine ÖTV-Kollegin erneut einen Antrag zur Errichtung eines Kindergartens stellte, nahm dies die Personalvertretung zum Anlaß, zunächst die Beschäftigten zu befragen. Da sich der Bedarf bei dieser Befragung als sehr groß (teilweise auch als sehr dringend) erwies, wurde der Antrag weitergeleitet.

Bei der Umfrage, die die OFD anschließend durchführte, wurde ein so großer Bedarf ermittelt, daß die Errichtung des »größten Kindergartens Europas« notwendig geworden wäre, um die angemeldeten Kinder unterzubringen. Der Antrag wurde deshalb wegen zu großer Nachfrage abgelehnt.

Bei einem Gespräch der Bezirkspersonalratsmitglieder der ÖTV mit Vertretern der OFD wurde u.a. auch der Vorschlag auf Errichtung eines kleineren Kindergartens gestellt und wegen »Auswahlschwierigkeiten« abgelehnt.

Über die Stufenvertretung wurde der Antrag trotzdem an das Finanzministerium (FM) weitergeleitet. Von dieser Stelle wurde mitgeteilt, daß die Errichtung und der Betrieb eines Kindergartens eine kommunale Aufgabe darstelle und Behördenkindergärten finanziell nicht gefördert würden. Zur näheren Untersuchung dieses Problems wurde vom FM Ende 1991 eine Kommission gebildet.

Um evtl. andere Möglichkeiten zur Realisierung, eines Kindergartens kennenzulernen nahmen Kollegin Rosi Reitberger und ich im Mai 1992 an einem Fachgespräch »Kooperationsmodelle für Kinderbetreuungseinrichtungen« der Stadtverwaltung München teil.



Nach Rücksprache mit der Organisatorin wurde auch ein Vertreter des Finanzministeriums eingeladen. Teilgenommen hat ein Vertreter der OFD, der, nach einem kurzen, interessanten Bericht über seine bisherigen Tätigkeiten bekanntgab, daß zwei Tage vor dieser Veranstaltung ein »Antrag auf Übernahme der Trägerschaft für eine Kinderbetreuungseinrichtung« bei der Stadt München gestellt wurde – die letzte Entscheidung über die Errichtung liege aber beim FM.

Inzwischen wurde auch diese Entscheidung getroffen. Es wird – versuchsweise – ein Ganztageskindergarten für insgesamt 50 Kinder (= 24 Plätze für die Finanzverwaltung) in der Deroystr. eingerichtet. Vorher sind aber noch Baumaßnahmen erforderlich, die voraussichtlich zwei Jahre (?) dauern. Wir konnten uns mit unserem Vorschlag – Neubau eines Pavillons – nicht durchsetzen und müssen uns z. Zt. notgedrungen mit dieser Lösung begnügen; auch wenn wir sie nicht für optimal halten.

Der Kindergarten beim Finanzamt München hat am 20. Februar 2015 seinen 20. Geburtstag gefeiert. Die ver.di-Betriebsgruppe gratuliert hierzu ganz besonders!!!

Blick zurück nach vorn

Die Arbeiterbewegung feiert viele Jubiläen und besondere Anlässe, hier eine (kleine) Auswahl:

- | | |
|---------------|--|
| 8. März | Internationaler Frauentag |
| 1. Mai | Tag der Arbeit (125 Jahre) |
| 8.5. | 70 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs |
| 1.9. | Antikriegstag |
| 7.10. | Welttag für menschenwürdige Arbeit |
| 19./20.11. | 150 Jahre Nahrung-Genuß-Gaststätten Gewerkschaft NGG |
| 30.11.-11.12. | UN-Klimakonferenz, Paris |

„Die Arbeit der Zukunft gestalten und die Ordnung der Arbeit wiederherstellen“, das streben der DGB und Gewerkschaften vorrangig an. Sie gestalten das Entgeltgleichheitsgesetz mit, das seit vielen Jahren von Gewerkschaften gefordert wurde. Sie setzen sich weiter für spürbare Verbesserungen bei Teilzeitarbeit und Befristungen ein, zugunsten der Vereinbarkeit von Familie und Job.

Die Energiewende wird weiter konstruktiv und kritisch begleitet!

Steuerfachgespräch Landtagsfraktion der BayernSPD

Wolfgang Untergehrer

Im Bayerischen Landtag fand vergangenen Herbst eine interessante Gesprächsrunde zum Thema „Steuerpolitik“ mit Herrn Dr. Carsten Kühl als „Stargast“ statt. Er folgte der Einladung des haushalts- und finanzpolitischen Sprecher der Bayern-SPD und Landtagsabgeordneten Herrn Volkmar Hartleib. Der Finanzexperte Dr. Kühl amtierte zu der Zeit noch als Finanzamt von Rheinland-Pfalz, zuständig u.a. für die bundesweite Koordination der Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung.

Einen ausführlichen Bericht erhalten Sie unter www.verdi.finanzamt.de



Dr. Carsten Kühl

Orientierungsschnitt vor dem Aus?

Aufmerksamen Zeitungslesern dürfte ein SZ-Artikel vom 27.11.2014 geradezu ins Auge gesprungen sein:

„Schlappe für das Finanzministerium - Vorgegebene Quote zur Beurteilung von Beamten ist rechtswidrig“ wurde da getitelt.

Was ist geschehen? Ohne auf die Einzelheiten des Falles einzugehen:

Das Verwaltungsgericht München erklärte es laut Süddeutscher Zeitung als „eindeutig rechtswidrig“, dass bei Beurteilungen nicht nur die individuelle Leistungen der Beschäftigten maßgeblich sei, sondern auch ein vorgegebener „Orientierungsschnitt“ Berücksichtigung finden würde. Diese Tatsache selber ist ja uns Beamten nicht unbekannt, nun wurde diese tragende Säule der bisherigen Beurteilungspraxis einmal von Seiten der Gerichtsbarkeit intensiv unter die Lupe genommen.

Die besondere Mechanik des Beurteilungsverfahrens und die Vorgabe von „Orientierungsschnitten“ wurde dem Artikel zu Folge dem Gericht im Rahmen einer Zeugenbefragung vom Vertreter des Finanzamts München ausführlich erläutert. Daraufhin seien die Ausführungen vom Vorsitzenden Richter offenbar als „höhere Beamtenmathematik“ eingestuft worden. Insbesondere in kleinen Vergleichsgruppen komme es auf diese Art und Weise zu Verzerrungen, die den einzelnen Beamten zum „Quotenopfer“ machen könnten. Ein „mathematisch zu strenges“ Vorgehen verbiete sich.

Vor die Wahl gestellt, die angefochtene Beurteilung eigenständig nach oben zu korrigieren oder ein (abschlägiges) schriftliches Urteil zu erhalten wurde - nach interner Rücksprache - vom Prozessvertreter der Finanzverwaltung mitgeteilt, dass „ein Urteil nicht gewünscht“ sei. Die Beurteilung werde umgehend geändert und nach oben angepasst.

„Eine peinliche Niederlage für das Finanzministerium“ wird der Klägeranwalt Gerd Tersteegen zitiert.

Ironisch könnte man jetzt die Frage stellen, wann denn nun die diesbezügliche Pressemitteilung von Herrn Dr. Markus Söder im AIS eingestellt werden würde. Ganz ernsthaft erwarten sich nun viele Beschäftigte eine selbstkritische Auseinandersetzung unserer vorgesetzten Dienststellen, allen voran seitens des Finanzministeriums mit der Vorgabe eines pauschalen Orientierungsschnitts.

Echte Größe ist es, einen Irrweg wieder zu verlassen, wenn man ihn als solchen erkennt (oder erkennen muss)...

Organisationsänderung in der Veranlagung

Gastbeitrag von Reinhard Wallner

Die Liste der Neuerungen reisst nicht ab. Was gestern war ist vorbei. Mit der Pilotierung der Zentralen-Eingangs-Bearbeitungsstelle (Z.E.B.) in verschiedenen Finanzämtern fängt in der Veranlagung eine neue Zeitrechnung an. Aber was muss man sich darunter vorstellen?

Also, in dieser Prüfstelle sollen die Schritte bis zur Veranlagung zentral erfolgen. Dies heisst, der Fall wird veranlagungsbereit an die Bearbeiterin, dem Bearbeiter „übergeben“. Für die Z.E.B. sollen Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarifbereich eingesetzt werden, aber auch Beamtinnen und Beamte aus der Qualifizierungsebene 1 (=QE 1) und der QE 2. So soll es möglich sein, dass die Bearbeiter in der Veranlagung den Focus rein auf den Veranlagungsfall richten können. Die Pilotierung an acht Finanzämtern in Bayern soll in der AVST und im Arbeitnehmerbereich erfolgen.

Für uns ver.di-Personalräte kommt es bei der Zustimmung darauf an, dass nach der



Reinhard Wallner, Gesamtpersonalratsvorsitzender FA Passau und Mitglied im Bezirkspersonalrat mit Angelica Dullinger, Personalratsvorsitzende Finanzamt München Abteilung Körperschaften

Hälfte der Pilotierungsphase ein Bericht über den Stand der Pilotierung mit allen Auswirkungen vorgelegt wird. Ein konkreter Blick ist nach der Pilotierungen auf die Wertigkeit der Stellen und auf die Eingruppierung der Tarifkräfte zu richten.

Leben,
einzeln und frei wie ein Baum,
und brüderlich wie ein Wald,
das ist unsere Sehnsucht. Nazim Hikmet

Vor Weihnachten waren wir zusammen mit tausenden Münchner/innen bei der ersten Kundgebung gegen Pegida. Bundesweit protestieren inzwischen tausende Menschen gegen Rechtsextreme und Neonazis, übrigens auch in Dresden. Dort ist es angesichts des massiven Aufmarsches von Pegida-Anhänger/innen besonders schwer.

Doch sogar dort gibt es schon lange eine Initiative der Friedensbewegung! Gerade ist die Dokumentation des 18. Dresdner „Forums für die Friedensordnung“ erschienen. Sie trägt den Titel **„Frieden und andere Probleme in wechselseitiger Abhängigkeit“**.

Das Heft schließt ein ca. zwanzigjähriges Projekt zur Idee einer Friedensordnung ab

Diplomierungsfeier für den Prüfungsjahrgang 2014 in Kaufbeuren und in Herrsching



Die Münchner ver.di -Personalratsvorsitzenden Norbert Reitberger und Angelica Dullinger hießen die neuen Auszubildenden in Kaufbeuren und in Herrsching willkommen!



An den diesjährigen Feiern haben für die Gewerkschaft der Kollege Dieter Fulda, Finanzamt Ansbach, und Angelica Dullinger, Finanzamt München, teilgenommen.

Die Veranstaltungen haben in festlichem Rahmen stattgefunden, was natürlich der Organisation durch das Personal an den Schulen geschuldet ist, aber auch der musikalischen Umrahmung durch die Band. Sie setzt sich aus ehemaligen Studierenden der Fachhochschule zusammen und hat ihr Profil deutlich schärfen können.

Die Sprecher der Diplomanden schafften mit einem witzigen (Moskitotage), gelassenen (Baulärm), engagierten (Fußballturniere) Vortrag eine Steilvorlage für den Festvortrag.

Der Landtagsabgeordnete Herr Johannes Hintersberger kam nicht umhin, die elangeladene Menge zu bewundern. Bei der Festrede hat Staatssekretär Hintersberger eigentlich alle Anwesenden mehrmals gelobt, schließlich galt es, 2.200 Lehrveranstaltungsstunden zu meistern.

Der Leiter des Fachbereichs Finanzwesen, Dr. Wernher Braun, lobte das hohe Maß an Einsatz, den Lehrstoff nachzuarbeiten und verwies an die geringe Durchfallquote von 5,7%. Insgesamt wurde über 500 Studierenden die Urkunde ausgehändigt, mit der sie sich künftig „Diplom Finanzwirt/in FH“ nennen dürfen.

Gerne haben wir ein Chinesisches Sprichwort mit auf den Weg genommen:

„Das Leben meistert man lächelnd oder überhaupt nicht.“

Die ver.di-Betriebsgruppe Finanzamt München zeigt in der Aula der FH Herrsching regelmäßig Filme.

ver.di im Landtag beim Haushaltsausschussvorsitzenden Peter Winter

Die ver.di-Fachkommission Landesfinanzverwaltung war zu Gast beim Vorsitzenden des Ausschusses für Haushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags, Herrn MdL Peter Winter (CSU). Über das Gespräch hat kürzlich die ver.di-Jugend Bezirk Mittelfranken berichtet. Weitere Informationen unter: www.ver.di.finanzamt.de.

Der Abgeordnete Winter war trotz mehrmaliger Abwesenheit zu Abstimmungen im ver.di-Gespräch erstaunlich präsent.

Werner Stupka, Angelica Dullinger und Dieter Fulda



Bayern ehren Schulz

Ver.di war bei den geladenen Gästen, als die Landtagsfraktion der Bayern-SPD den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, mit dem Wilhelm-Hoegner-Preis 2014 ausgezeichnet hat. Die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan lobte Schulz in ihrer Laudatio am 17. November in München als Politiker, „der Willens und in der Lage ist, die politische Sache über das persönliche Ego zu stellen“.



Der Preisträger Martin Schulz warnte vor der „Gefahr des technischen Totalitarismus“. Der Preis erinnert an den einzigen SPD-Ministerpräsidenten Bayerns, Wilhelm Hoegner und wird seit 1987 verliehen.

„Die ver.di-Bundestarifkommission hat am 18.12.2014 die Forderung für die bevorstehende Tarifrunde Länder 2015 beschlossen:

- + 5,5 % mehr Entgelt für Arbeitnehmer und Beamte,
- mindestens aber 175 €,
- Eindämmung der Befristungswut

Die ver.di-Forderung ist berechtigt, weil die Kolleginnen und Kollegen nicht von der allgemeinen Lohnentwicklung und im besonderen nicht vom Tarifvertrag Öffentlicher Dienst TVÖD abgekoppelt werden wollen!

Die Arbeitnehmer/innen und Beamt/innen sind es wert und haben es verdient!“

Dauerbrenner Wohnraumversorgung: Ein Besuch in der Wohnungsfürsorgestelle

Wolfgang Untergehrer

Welche Themen brennen uns in München so richtig und dauerhaft auf den Fingern? Eines davon ganz sicher: Der unverändert hohe Bedarf an preiswerten Wohnungen für unsere Beschäftigten in der Landeshauptstadt! Von unserem diesbezüglichen Gespräch im Landtag mit dem Ausschuss für den öffentlichen Dienst haben wir ja schon in der letzten Ausgabe berichtet. Und hier folgt nun der angekündigte Bericht über den Besuch von Angelica Dullinger und Wolfgang Untergehrer in der Wohnungsfürsorgestelle.

Das Ziel:

Im Gespräch mit den dortigen Beschäftigten einen realen Status Quo zur Wohnungssituation in München feststellen und die Fragen klären, die uns betroffene Kolleginnen mitgegeben haben.

In dieser Dienststelle des Landesamts für Finanzen arbeiten aktuell nur ca. 13 arbeitsfähige Beschäftigte, der Krankenstand ist relativ hoch und nach unseren Informationen ist auch die dortige Altersstruktur „problematisch“. Die Personalverwaltung der Dienststellen ist zur Zuarbeit bei Versetzungen verpflichtet, was angesichts des Meldeverhaltens der Mieter/innen auch sinnvoll ist. Wohnungen würden von den Beschäftigten aktuell so gut wie gar nicht gekündigt, die Fluktuation sei so nied-

rig wie nie. Das Angebot an verfügbaren Wohnungen sei über das Behördennetz, aber auch im Internet (www.lff.bayern.de) abrufbar.

Festzuhalten ist, dass der Wohnungsfürsorgestelle insbesondere in den Ballungsräumen München und Nürnberg viel zu wenig Wohnungen zur Verfügung stehen, um den Bedarf angemessen befriedigen zu können. Bayernweit seien 2013 ca. 1.000 Wohnungen vergeben worden, dem gegenüber stehen ca. 3.000 Anträge. 2/3 der Anträge entfallen auf den Großraum München. Im Bereich von z.B. Garmisch-Partenkirchen oder Bad Reichenhall gebe es dagegen sogar einen Überbestand.

Viele Wohnungen, die in den 70er Jahren von privaten Investoren erstellt wurden, fielen aktuell aus der Mietpreisbindung heraus. Eine Lösung könne nur durch verstärkte Neubauförderung herbeigeführt werden. Gebaut werde aktuell nur mehr in München, v.a. durch die Stadibau GmbH. Positiv sei, dass in Bayern weiterhin staatliche Wohnbauförderung betrieben werde, anders als in anderen Bundesländern. Neubauprojekte wie z.B. das Objekt in der Schachenmayerstraße können diese vorhandenen Lücken jedoch nicht annähernd ausgleichen. Überlegungen gebe es offenbar für Neubauten im Bereich der Münchner Hochäckerstraße. Wohnungen, die im S-Bahn-Bereich München (z.B. Erding oder

Unser Gesamteindruck:

Die Beschäftigten in der Wohnungsfürsorgestelle tun alles in ihrer Möglichkeit Stehende, den abschmelzenden Wohnungsbestand angesichts des massiven Wohnungsbedarfs in München gerecht zu verwalten. Ohne ganz große Anstrengungen des Freistaats Bayern im Bereich des Wohnungsbaus wird sich die Versorgungssituation auf Basis der Zahlen in den nächsten Jahren, gerade angesichts des Wegbrechens der Altbestände aus der Mietpreisbindung jedoch tendenziell noch deutlich verschlechtern.

**Ver.di plant zu diesem Thema einen Stammtisch am 16.04.2015,
Gast ist der SPD-Landtagsabgeordnete Stefan Schuster.**

Starnberg) belegen sind, werden von der Vergabestelle als „angemessene Wohnraumausstattung“ und Fahrzeiten unter einer halben Stunde zwischen Wohnung und Dienststellen als akzeptabel eingestuft.

Entscheidendes Kriterium sei die persönliche Angemessenheit einer Wohnung auf Basis der individuellen Dringlichkeitsstufe. Realistische Chancen für eine Vergabe existierten fast nur in der Dringlichkeitsstufe 1. Bei der Zuweisung bestimmter Wohnungsgrößen sei allein das verfügbare Familieneinkommen maßgeblich, die Laufbahngruppe (QE2/ QE3) selbst sei vollständig irrelevant. Es gelte das Vier-Augen-Prinzip, Willkürentscheidungen sollen damit ausgeschlossen werden.

Anträge, die sich ausschließlich auf bestimmte Münchner Stadtteile wie z.B. Neuhausen beschränken, hätten so gut wie keine Chance. Problematisch sei auch, dass mehr als die Hälfte der Antragsteller/innen die Hinweise im Infoblatt der Wohnungsfürsorgestelle nicht beachten würden, auch die entsprechenden Infoveranstaltungen in Herrsching und Ansbach hätten in der Vergangenheit wenig positive Effekte gezeigt. Nach zwei Jahren werden offene Anträge (!) wegen Zeitablauf ausgereiht. Beschäftigte, die weiter interessiert sind, hätten müssen dann erneut einen Antrag stellen. Wünschenswert wäre es aus Sicht der Ansprechpersonen - auch um Reibungsverluste und Verzögerungen minimieren zu können - wenn Antragsteller/innen, die zwischenzeitlich auf dem privaten Wohnungsmarkt eine Wohnung gefunden haben, sich

aus eigener Initiative bei der Vergabestelle melden würden.

Zentraler Maßstab für die Vergabe sei ganz eindeutig das Arbeitgeberinteresse an der Wohnraumversorgung bestimmter Beschäftigtengruppen. Vorrang in der Vergabepaxis hätten die Versorgung von Familien und neu eingestellten Kolleg/innen. Es werden auch Fälle, in denen aufgrund Wohnungsvergaben die Zahlung von Trennungsgeld entfallen kann, berücksichtigt. Eine bevorzugte Bedienung bestimmter Dienststellen sei ausgeschlossen, auch wenn entsprechende Wünsche offensichtlich durchaus geäußert werden.

Unsere Ansprechpartner betonten, dass z.B. Beschäftigte, die bereits eine angemessene Wohnung zur Verfügung haben, in Fällen von verstärkter Lärmbelastigung so gut wie keine Möglichkeit haben, einen Wohnungswechsel zu erreichen. Denkbar sei allerdings eine Verbesserung der Dringlichkeitsstufe bei Vorlage eines ärztlichen Attests.

Im Fall von Trennungen dürfen die verbleibenden Familienangehörigen regelmäßig die Wohnung weaternutzen. Es müsse nur ausgeschlossen werden, dass bei noch nicht geschiedenen Paare nach einer Trennung nicht doppelt gefördert werde. Der Bedarf an größeren Wohnungen - gerade aufgrund des Trends zu Patchwork-Familien, in denen beispielsweise Kinder aus früheren Beziehungen gelegentlich zu Besuch kommen - würde nach Möglichkeit berücksichtigt. Im Bestand existieren durchaus Wohnungen mit 5 bzw. sechs Zimmern.



Klar sei aber auch, dass die Versorgung von Familien mit dauerhaft dort wohnenden Kindern vor dieser Personengruppe Vorrang hat. Vergleichbares gilt auch für Fälle, in denen Beschäftigte pflegebedürftige Angehörige zu sich holen wollen und deswegen einen erhöhten Wohnraumbedarf haben.

Die Höhe des Mietzins sei im Förderzeitraum jeweils auf die Kostenmiete beschränkt. Die Förderberechnungen würden nicht mehr vom Landesamt für Finanzen, sondern von der Regierung von Oberbayern erstellt. Seitens der Vergabestelle werde darauf geachtet, dass keine Luxus-Sanierungen durchgeführt werden, derartige Fälle habe es aber auch noch nicht gegeben.

Es sei bekannt, dass nicht alle Wohnungen, auch angesichts des Alters des Wohnungsbestands, im allerbesten Zustand sind. Beschwerden von Mieter/innen würden i.d.R. direkt an den Vermieter gerichtet, der ja auch privatrechtlicher Vertragspartner der Beschäftigten sei. Wenn die Wohnungsfürsorgestelle die schriftliche Information erhält, dass bei Neubauten Wohnungen „unbewohnbar“ seien, werde der Sache nachgegangen und dies auch gegenüber der Hausverwaltung moniert. Wünschenswert wäre es, generell Wohnungen mit einer Ausstattung von mindestens zwei Zimmern anbieten zu können. Positiv sei auch herauszuheben, dass die Ein-Zimmer-Appartements jeweils mit Küchen ausgestattet seien.

Wohnen in München



Die **ver.di** Bezirkskonferenz hat sich im November 2014 mit dem Thema Wohnen befasst.

Die Delegierten fordern, dass ver.di München sich auf allen zur Verfügung stehenden Ebenen dafür stark machen soll, Auszubildende (Azubis) in München von Seiten der Arbeitgeber zu Mietzuschüssen zu verhelfen.

Außerdem wurde **ver.di**-Bayern, der Betriebsgruppenvorstand und die Fachbereiche der Landeshauptstadt München aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten, inwieweit es Möglichkeiten gibt, über einen genossenschaftlichen Wohnungsbau von und für städtische Beschäftigte (...) einen Schritt zu bezahlbarem Wohnraum zu schaffen.

Diesen Forderungen können wir uns mit Blick auf die Anwärterinnen und Anwärter, sowie auf alle hier eingesetzten Beschäftigten beim Finanzamt München nur anschließen. Freilich ist hier der Freistaat Bayern gefordert!

Die ver.di-Betriebsgruppe plant hierzu Gespräche mit Landtagsabgeordneten, zunächst mit Stefan Schuster (SPD) am Donnerstag, 16. April 2015, dann mit Claudia Stamm (GRÜNE).

Terminankündigungen

Verhalten im Straßenverkehr

Test mit Fahrradsimulator mit ACE (Auto Club Europa)
Donnerstag, 21. Mai 2015

Berlinfahrt von 10. bis 14. Juni 2015

natürlich mit der Bahn und nicht mit dem Schiff;
Der „Fahrplan“ wird noch bekanntgegeben
AIS/Schwarzes Brett

Stammtische der ver.di-Betriebsgruppe
Donnerstag, 16. April 2015

mit dem Landtagsabgeordneten **Stefan Schuster**
Vorsitzender des Arbeitskreises für Fragen des
Öffentlichen Dienstes der
SPD Landtagsfraktion (Termin AIS/Schwarzes
Brett) mit **Claudia Stamm MdL.**
Haushaltspolitische Sprecherin
und Sprecherin für Gleichstellung. Mitglied der
Kinderkommission des Bayerischen Landtags.

Die Alpen im Stress

Das Alpine Museum des Deutschen Alpenvereins (DAV) überzeugt immer wieder durch thematisch kompetent gewählte Sonderausstellungen. Die Ausstellung „Alpen unter Druck. Erschließungsprojekte im Alpenraum“ ist noch bis 15.2.2015 zu sehen.

Die NaturFreunde und Kolleg/innen aus dem Finanzamt München folgten, neben der kontinuierlichen Mitarbeit in der Alpenschutzkommission CIPRA, interessiert der Führung durch die Sonderausstellung.

Welche Erkenntnisse können wir mitnehmen?

Die Alpen sind eine der wichtigsten Ferienregionen der Welt. Jährlich verbringen dort etwa 95 Millionen Mehrtagestourist/innen 464 Millionen Übernachtungen. 1954: rund 105 Skigebiete mit rund 570 Pistenkilometern. 2012: rund 450 Skigebiete mit rund 25.000 Pistenkilometern.

Kunstschnee bewirkt vielfältige Umweltbelastungen. Der Strom, der in den Alpen jährlich dafür verbraucht wird, würde den Jahresverbrauch einer Stadt mit 1,5 Millionen Einwohner/innen abdecken.

1954: 214 Wasserkraftwerke/Gesamtleistung 12 Gigawatt. 2006: 499 Wasserkraftwerke/Gesamtleistung 40,6 Gigawatt.

Bis 2050 werden 75% der Alpengletscher abgeschmolzen sein. Mit einem Temperaturanstieg von 3 bis 4 Grad ist in den nächsten 30 bis 40 Jahren zu rechnen.

Fazit: Jede/r von uns muss verantwortlich mit dem Naturraum Alpen umgehen. Die Alpen dürfen nicht zu einer „Alpinen Bezirkssportanlage“ oder gar zum „Funpark“ verkommen.



DAS SALZ DER ERDE

Eine Reise mit Sebastião Salgado

Ein Film von WIM WENDERS und JULIANO RIBEIRO SALGADO

Das Salz der Erde

Ein Film von Altmeister
WIM WENDERS,

Co-Regie
JULIANO RIBEIRO
SALGADO

Es sind Aufnahmen aus Salgados Serie Workers, die von der menschenunwürdigen Arbeit in einem Goldbergwerk in der brasilianischen Serra Pelada in den 1980er-Jahren zeugen.

Begleitet von Salgados Augenzeugenbericht sind Tausende von Menschen zu sehen. Diese sind wie übereinandergestapelt in gewaltigen Gruben am Werk. Unter gefährlichsten Bedingungen und mit den einfachsten Werkzeugen sind sie als „Sklaven ihres Strebens nach Reichtum“ dem Rausch des Goldes verfallen...

Mit dem Spätwerk als Naturphotograph und Umweltaktivist kommt Hoffnung auf. Wir sehen, dass es paradiesische, von Menschenhand unberührte Flecken auf Erden glücklicherweise noch gibt - und unbedingt zu bewahren gilt.